

STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Beschluss-Nr:	Status	Datum	Wahlperiode
1442/2024/2.1	öffentlich	28.10.2024	2021 - 2026
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung der Jahresgebühr für Bewohnerparkausweise			
<u>Beratungsfolge:</u>			
25.11.2024	Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit		öffentlich
04.12.2024	Verwaltungsausschuss		nicht öffentlich
10.12.2024	Rat der Stadt Norden		öffentlich
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u>		<u>Organisationseinheit:</u>	
Dietrich, 2.1		Bürgerdienste und Sicherheit	

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird entsprochen und die Parkgebühr für Bewohnerparkausweise und Handwerkerparkausweise auf jährlich 120,00 € angehoben.

Sach- und Rechtslage:

1. Kurzfassung

Die SPD-Fraktion beantragt die Erhöhung der Jahresgebühr für Bewohnerparkausweise von 50 € auf 120 €, um die Einnahmen zu steigern und die Ausgaben der Stadt Norden besser abzudecken. Diese Erhöhung richtet sich an alle Bürger, die in den Bewohnerparkzonen parken möchten, sowie an Gewerbebetriebe, die Ausnahmegenehmigungen, sogenannte „Handwerker ausweise“, benötigen.

2. Aufgabe

2.1 Gegenwärtige Position

Aktuell wurden im Gebiet d Stadt Norden ca. 500 Bewohnerparkausweise, sowie 330 „Handwerker ausweise“ ausgestellt. Bereits Mitte des Jahres wurde die jährliche Gebühr für diese Ausweise auf 100,00 € angehoben. Des Weiteren werden keine Ausweise mehr ohne Kennzeichenfestlegung ausgestellt, um so den tatsächlichen Bedarf an Ausweisen feststellen zu können und einer missbräuchlichen Verwendung dieser vorzubeugen.

2.2 Grund oder Anlass für Entscheidungs- und Handlungsbedarf

Die Anpassung der Gebühren soll zum einen die Einnahmesituation verbessern, da die derzeitige Gebühr die Verwaltungskosten nur unzureichend deckt. Zum anderen könnte eine höhere Gebühr den Parkdruck in zentralen Wohngebieten reduzieren und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel fördern.

2.3 Darüber soll entschieden werden

Es soll entschieden werden, ob die Jahresgebühr für Bewohnerparkausweise und Ausnahmegenehmigungen für Gewerbebetriebe auf 120 € angehoben wird.

2.4 Handelt es sich um eine freiwillige Maßnahme

Ja, die Erhöhung der Gebühren ist eine Maßnahme, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beschlossen werden kann und keine verpflichtende staatliche Vorgabe darstellt.

3. Ziele und Rahmenbedingungen

3.1 Ziele

- Finanzielle Konsolidierung: Erhöhung der städtischen Einnahmen durch angepasste Parkgebühren.
- Entlastung des Parkraums: Reduktion der Parkplatznachfrage durch Erhöhung der Parkgebühren.
- Förderung nachhaltiger Mobilität: Anreiz für Anwohner, alternative Verkehrsmittel zu nutzen.

3.2 Ggf. Rahmenbedingungen

Die rechtliche Grundlage für Bewohnerparkausweise und Ausnahmegenehmigungen beruht auf der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) in Verbindung mit in Verbindung Nr. 264 der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt). Demnach ist jede Ausnahmegenehmigung pro Fahrzeug oder Person erteilt werden und der festzulegende Gebührenrahmen liegt zwischen 10,20 € und 767,00 € pro Ausweis.

4. Lösungen

4.1 Lösungen und Alternativen

- Erhöhung der Bewohnerparkausweisgebühr auf 120 €: Dies ist die favorisierte Lösung, um die Einnahmen zu steigern.
- Beibehaltung der aktuellen Gebühr (100,00 €): Diese Alternative würde allerdings keine zusätzlichen Einnahmen generieren.

4.2 Ggf. Belege, Zahlen, Fakten (Finanzielle/Personelle Auswirkungen/Folgekosten)

Durch die zusätzliche Erhöhung der Gebühren von 100 € auf 120 € würde die Stadt zusätzliche Einnahmen von insgesamt 20.000 € generieren, sofern die Zahl der ausgestellten Ausweise gleichbleibend ist.

5. Vorschlag

5.1 Favorisierte Lösungen

Eine weitere Erhöhung der Jahresgebühr auf 120 € für Bewohner- und Handwerker ausweise, um zusätzliche Einnahmen zu generieren, den tatsächlichen Bedarf zu erfassen und Anreize zu schaffen auf alternative Verkehrsmittel zurückzugreifen.

5.2 Wichtige Gründe dafür

- Die Anhebung unterstützt die finanzielle Konsolidierung des städtischen Haushaltes.
- Es werden Anreize geschaffen auf alternative Verkehrsmittel zurückzugreifen.

5.3 Gründe dagegen

Eine weitere Erhöhung könnte von Betroffenen als finanzielle Belastung empfunden werden.

5.4 Ggf. Chancen und Risiken

Chancen: Reduzierter Parkdruck, Kostendeckung und eine transparente Verwaltung der Parkausweise.

Risiken: Negative Reaktionen von Anwohnern und Gewerbetreibenden sowie eine mögliche Abnahme der Nachfrage nach Parkausweisen.

6. Umsetzung

6.1 Nächste Schritte

- Beschlussfassung über die Gebührenerhöhung.
- Umsetzung des Beschlusses bei neu beantragten Ausweisen

6.2 Maßnahmen, um Entscheidung abzusichern

./.